

86 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juli 1968,  
betreffend ein Bundesgesetz über die Evidenthaltung straf-  
gerichtlicher Verurteilungen (Strafregistergesetz 1968)

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat eine Neuregelung auf dem Gebiete der Evidenthaltung strafgerichtlicher Verurteilungen zum Gegenstande. Danach wird künftighin durch die Bundespolizeidirektion Wien zentral ein Strafregister zu führen sein. Auf Grund der vorgesehenen Regelung soll ferner die Ausstellung von Führungszeugnissen wegfallen und durch Strafregisterauszüge ersetzt werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 9. Juli 1968 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates nicht zu beeinspruchen. Weiters wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme einer Entschlieûung, betreffend die amtswegige Tilgung strafgerichtlicher Verurteilungen zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

1. Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juli 1968, betreffend ein Bundesgesetz über die Evidenthaltung strafgerichtlicher Verurteilungen (Strafregistergesetz 1968), wird kein Einspruch erhoben.

./.  
2. Die beigedruckte Entschlieûung wird angenommen.

Wien, am 9. Juli 1968

Leopold W a g n e r  
Berichterstatter

M a y r h a u s e r  
Obmann

./.

### EntschlieÙung

Der Bundesminister für Inneres und der Bundesminister für Justiz werden aufgefordert, unter Bedachtnahme auf das Tilgungsrecht sowie das Strafregistergesetz 1968 zu prüfen, inwieweit die rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für eine amtswegige Tilgung oder zumindest für eine periodische Mitteilung tilgbarer Verurteilungen an die zuständige Anklagebehörde geschaffen werden können, und hierüber im Wege der Bundesregierung dem Bundesrat binnen einem Jahr zu berichten.